

Briefetal-Bote

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. Zusätzl. Beleghe: Der obige Nummer folgt 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote, Postfach-Nr. 6 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die Anzeigenpreise: Politische folgt 25 Pfennig, die Restenliste 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 96 Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 Dienstag, den 19. Juni 1928 Postfachkonto: Berlin 62 448. 27. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Zugelassen zwei Führer. Dieselben sollen im Termin am Mittwoch, den 20. d. Mis., vormittags 10 Uhr, im Zimmer 5 des hiesigen Rathhauses öffentlich meistbietend versteigert werden. Rechte an den vorbestimmten Führern sind bis zum Termin im Zimmer 5 des Rathhauses geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist wird gemäß §§ 9 und 9 a der Dienstausweisung vom 22. Oktober 1899 betr. die polizeiliche Behandlung der Funtsachen verfahren.
Ein Felstragen als verloren gemeldet.
Birkenwerder, den 16. Juni 1928.
Der Amtsvorsteher, J. W. Matzke.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Deffentliche Steuerzahlung.
Die bis zum 15. d. Mis. fällig gemessenen direkten Staats- und Gemeindesteuern (Hauszins- und Grundvermögenssteuern) sind mit 10 Prozent Verzugszinsen vom Fälligkeitstage an berechnet, spätestens bis zum 22. d. Mis. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten. Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsversteigerung eingezogen und die gesetzlichen Zuschläge (Zinsen und Gebühren) erhoben. Eine Verhängung von Mahngebühren findet nicht statt. Im Falle der Zahlung auf bargebotenem Wege oder durch die Post muß der Betrag spätestens am 22. d. Mis. der Kasse portofrei zugestellt worden sein.
Birkenwerder, den 18. Juni 1928.
Die Gemeindekasse.

Hohen Neuendorf

Hörsatzverordnung.
Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (Ges. S. 8. 88) in Verbindung mit dem § 136 des Ges. über die allgemeine Landesverwaltung vom 20. Juli 1895 (Ges. S. 195) wird für den Umfang des preussischen Staatsgebietes folgendes angeordnet:
Der Beginn der Jagstzeit wird:
a) für Reiten auf den 1. Dezember 1928
b) für Fischen auf den 15. Oktober d. J.
Hiernit festgesetzt.
Die Uebertretung dieser Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft.
Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1928 in Kraft.
Berlin, den 7. Mai 1928.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
Elektrizitätsversorgung.
Wegen dringender Arbeiten werden die elektrischen Leitungen der Klarastraße vom 18. bis voraussichtlich 19. d. Mis. stromlos sein.

Bestellungen auf unsere Zeitung nehmen die Briefträger wie auch das Postamt täglich entgegen.

Das Fundament der Republik.

Grenznot — Alldeutschlandnot.
Um die Notre unserer Grenzländer drehen sich die Verhandlungen zweier Tagungen, die zu gleicher Zeit im Osten und im Westen unseres deutschen Vaterlandes stattfinden. Der Reichsverband der Rheinländer ist in Danzig versammelt, und der Deutsche Ostbund tagt in Duisburg und in Köln am Rhein. Daß die beiden Bünde sich einig sind in der Erkenntnis, daß Grenznot Alldeutschlandnot ist, wird sinnfällig dargestellt durch die Tagungsorte. Im Westen tagt der Osten, im Osten der Westen.
Der Ostbund in Duisburg.
Die Tagung des Deutschen Ostbundes in Duisburg wurde vom Bundesvorsitzenden Geh. Oberregierungsrat v. Zilly eröffnet. Die Aufgabe des Ostbundes umschrieb er dahin, daß der Kampf um die deutsche Kultur im Osten und eine Wäpfehr in die alte Heimat ist und höchstes Ziel sei.
Der Friedensvertrag habe auf die Dauer unhaltbare Zustände für den Osten geschaffen. Der Deutsche Ostbund erstrebe seine Ziele mit friedlichen Mitteln, sei nicht militärisch organisiert und hoffe auf vollen Erfolg seiner Bemühungen, die Wiedervereinigung der getrennten östlichen Gebiete mit dem übrigen Deutschland zu erreichen.
Der letzte deutsche Oberbürgermeister von Posen, Geheimrat Dr. Wilms, sprach über „Der deutsche Osten und der Westen“. Weiterer Ansprachen hielten v. Böllelecher-Berlin und Bundesdirektor Ginzel-Berlin. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete eine große Kundgebung für die Ostmark.
Ueber „Alldeutschlandnot — Alldeutschlandnot“ sprach Universitätsprofessor Dr. Otto Voeglich vor einer waltigen Schar von ersten Zuhörern, und am Nachmittage bewegte sich ein glanzvoller Festzug durch die Straßen der Stadt. Der Morgen morgen sah die Teilnehmer auf der Poesia in Köln. Am Abend wird auf dem „Ostdeutschen Abend“ u. a. Oberbürgermeister Dr. Benauer sprechen.
Im Rahmen der Ostbundtagung fand eine Sitzung die Bildungsaußschusses statt.

Die Rheinländer in Danzig.

7. Tagung des Reichsverbandes der Rheinländer.
„Eine intensive Grenzlandpflege ist das Fundament der Republik.“ Diesen Grundsatz stellte der Vorsitzende Dr. Kaufmann auf der 7. Tagung des Reichsverbandes der Rheinländer in Danzig in den Vordergrund.
Nach Erledigung interner geschäftlicher Angelegenheiten gelangte nach einer längeren Aussprache eine Entschließung zur Annahme, die erneut die Freigabe der Rheinlande nach neunjähriger Besetzung fordert. Der Reichsverband sträubte sich gegen jeden Versuch, die schon längst fällige Frage der Befreiung der Rheinlande noch weiter zu verschleppen oder mit vertragswidrigen Bindungen zu belasten. Von der Reichsregierung werde erwartet, daß sie jeden derartigen Versuch energig zurückweisen wird. Eine weitere Entschließung wendet sich gegen den in letzter Zeit aufgetauchten französischen Plan, wonach nach Rückkehr des Saargebietes an Deutschland die Kohlengruben weiter in französischem Besitz verbleiben sollen.
Dem Verbands ist anlässlich seiner Tagung eine überaus große Fülle von Begrüßungsgrammen aus allen Teilen des besetzten Gebietes einschließlich des Saargebietes zugegangen. Der preussische Minister des Innern, G r e e n s t e i n , übermittelte dem Verbands ein Schreiben, in dem er namens der preussischen Staatsregierung dem Verbands seine herzlichsten Wünsche übermittelt und die Versicherung ausspricht, daß die preussische Staatsregierung, unterstützt von der Zustimmung aller Parteien, ebenso wie die Frage des Ostens auch die Sorgen der besetzten Rheinlande nicht vergessen werde.
Ein Begrüßungsgramm des Reichszanklers Dr. Marx.
Reichszankler Dr. Marx hat in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Gebiete an den Präsidenten des zur Zeit in Danzig tagenden Reichsverbandes der Rheinländer, Herrn Dr. Kaufmann, ein Begrüßungsgramm gerichtet.

Wieder in Europa!

Begeisterter Empfang der „Bremen“-Flieger in Southampton.
Hauptmann Köhl, Baron v. Hünefeld und Fitzmaurice trafen am Sonnabend in Southampton an Bord des „Columbus“ ein. Sie gingen jedoch nicht an Land, sondern ließen ihre Reise nach Bremen fort. Sie wurden vom Bürgermeister von Southampton, sowie von den Direktoren des Norddeutschen Lloyd, Herrn Stimming und anderen deutschen Schiffsfahrts- und Reedereivertretern begrüßt, die in den letzten Tagen an der internationalen Schiffsfahrtskonferenz in London teilgenommen hatten. Die Begrüßungsfeier fand auf der Brücke des Dampfers statt.
Wie sie Deutschland begrüßen wird.
Die Deutsche Luftflanzja entsandte zum Empfang der Dceanflieger ihr schönstes und größtes Landflugzeug „Hermann Köhl“ nach Bremerhaven. Das Flugzeug wird gemeinsam mit dem Geschwader der Deutschen Verkehrsflieger Schule über dem „Columbus“ fliegen und die Brücke der deutschen Luftfahrt an die Dceanbezügler überbringen.

Das Eis bricht auf.

Robite und seine Leute in erster Gefahr.
Die Vage Robites und seiner Gefährten wird immer kritischer. Schnellle Hilfe tut dringend not, denn Robite hat jetzt in einem S. O. S. -Funkspruch der „Gitta di Milano“ mitgeteilt, daß ein schwerer Südweststurm das Lager heimtücklich. Seine Position ist jetzt 80 Grad 38 Minuten nördlicher Breite und 27 Grad 49 Minuten östlicher Länge. Das Eis befindet sich trotz Abflauns des Sturmes noch immer in schneller Bewegung nach Osten. Der General teilt weiter mit, daß er selbst fast gesund ist und daß ein anderer Verlegter außer Gefahr ist. Er bittet nochmals dringend um Proviant, Waffen und Munition.
Das Eis in der Nähe des Lagers hat sich aufgelöst. Es sind große Flächen offenen Wassers entstanden. Diese bieten zwar einen günstigen Startplatz für Flugzeuge, doch besteht andererseits große Gefahr, daß sich das Eis in Schollen noch weiter zersteilt und dann das Lager verlegt werden muß.
Deutschland will helfen.
Der Unterstaatssekretär der italienischen Luftfahrt, Ezzelezz Balbo, hat dem Reichsverkehrsministerium für die händige, wiederholt ausgesprochene Hilfsbereitschaft Deutschlands für Robite warmstens gedankt und mitgeteilt, daß der Leiter der italienischen Rettungsaktion,

der Kommandant der „Gitta di Milano“, Romagn, angehten sei, im Bedarfsfalle die deutsche Hilfe zu erbitten.

Der italienische Flieger Maddalena, der infolge Motorschadens gezwungen war, nach Badsoe zurückzufahren, ist dort wieder aufgestiegen. Umzubien ist von Oslo nach Bergen abgereist, wo ihn das dort bereits eingetroffene Flugzeug „Natham“ des französischen Majors Gntbaud erwartet.

Eine neue Note Rußlands.

Wegen der weißen Emigrantenorganisationen in Polen.
In einer neuen Note, die Sowjetrußland wegen der sogenannten Emigrantenorganisationen dem polnischen Gesandten in Moskau überreicht hat, wird darauf hingewiesen, daß bisher alle Maßnahmen Polens sich lediglich auf vorübergehende Wirkungen beschränken. Hiemlich scharf wird der Teil der Note, in dem betont wird, daß die Maßnahmen, die die polnische Regierung zur Einstellung der terroristischen Tätigkeit der weißen Emigrantenorganisationen auf der Grundlage ihrer an die weißen Emigranten am 1. August 1927 gerichteten Warnung getroffen hat, sich als vollkommen unzureichend erwiesen hätten, was durch das jüngste Unstata auf Wojciechowski bestätigt werde. Wenn nicht die polnische Regierung neue, ernste und entscheidende Maßnahmen gegen die weißen Emigranten treffe, könne die Sowjetunion die Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetfahndschaft nicht als erledigt betrachten und müsse der polnischen Regierung die Verantwortung für die Sicherheit der Sowjetfahndschaft auferlegen.

Was hat Jaleski gesagt?

Er „berichtigt“ seine Pariser Rede.
Der polnische Außenminister Jaleski, der jetzt auf der Heimreise begriffen ist, hat während seines Aufenthalts in Paris und auch nachher in Brüssel wieder einmal Hebreden gegen Deutschland gehalten. Sie liefen nach Zeitungsberichten darauf hinaus, daß Polen gewisse Maßnahmen für eine etwaige Rheinlanddrängung „Kompensationen“ beanpreche. Auf der Durchreise durch Essen hat Jaleski jetzt einem Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine Darstellung gegeben, in der er die erwähnten Zeitungsmedienungen für unrichtig erklärt. Insbesondere seien die Worte Rheinland und Nämung überhaupt nicht erwähnt worden.
Jaleski betonte, daß die Außenpolitik der polnischen Regierung durch die Wahrung der Garantien der Friedensverträge, die Polens territoriale Integrität und Sicherheit verbürgen, bestimmt ist. Die Ideen einer Vertragsänderung auf territorialem Gebiet bilden eine große Gefahr für die Befriedung Europas.
Tjenigen, die sich zu Unmässen der Abänderung der durch den Friedensvertrag festgelegten Ordnung machen, sind Feinde der Verträge und der polnischen Allianzen. Ein Verzicht auf diese kostbaren Wänder ohne entsprechende vollwertige Gegenleistungen kann Polen nicht atschadlich sein.
Wenn man mit den allgemeinen Ausführungen Jaleskis das Problem der Rheinlanddrängung in Zusammenhang bringt, so ist der polnische Standpunkt der, daß an der Frage der Nämung des besetzten Gebietes Polen als Kontrahent des Versailles Vertrages in sehr erheblichem Maße beteiligt ist, daß also die Aussprache über die Rheinlanddrängung auch mit Polen für das die Befreiung eines Sicherheitsfaktor für die Ausführung der Friedensverträge darstellt, geführt werden müsse. Keinesfalls ist aber die polnische Regierung grundsätzlich gegen eine vorzeitige Rheinlanddrängung bei entsprechenden vollwertigen Gegenleistungen.
Dieser Kommentar bestätigt lediglich, daß Jaleski in der Tat Kompensationen für die Rheinlanddrängung fordert. Man versteht daher nicht recht, was Jaleski eigentlich berichtigt will.
Curtis statt Dawes.
Ein Zugeständnis an die Farmer.
Der republikanische Nationalkonvent in Kansas City hat nach der Nominierung Hoovers zum Präsidentschaftskandidaten mit noch größerer Einmütigkeit den Senator Charles Curtis (Kansas) zum Vizepräsidentkandidaten bestimmt. Da alle anderen Kandidaten außer einem zurückgetreten waren, erfolgte die Wahl Curtis' nahezu einstimmig. Er erhielt 1052 von insgesamt 1086 Stimmen.
Vizepräsident Dawes erhielt, obwohl er nicht vorgeschlagen war, 13 Stimmen. Dawes hatte am Vormittag die Delegation von Illinois verhängigt, er würde nicht vorgeschlagen zu werden, obwohl er eine.